

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 32

Charlottenburg, Freitag, den 8. August 1913

Jahrg. 40

Sperren

Vollsperrern: Altwasser (E. Tietz & Co.), Böbeln (Kessler & Herold), Düsseldorf (Rhenania), Grünstadt, Köppelsdorf (Phil. Koch), Kranichfeld, Rehau (Beh, Scherzer & Co.), Rheinsberg, Schönwald (E. & A. Müller, A.-G.), Schwarzenbach (Kleinteich), Eisenberg (W. Jäger), Selb (Krauthelm & Adelberg).

Halbsperrern in Deutschland: Bonn (Mehlem), Fürstenberg a. Weiser, Hennigsdorf bei Berlin, Königszell, Krummenab, Meuselwitz, Deslau (Göbel), Passau, Reichenbach, (Schwabe & Co.) Schlierbach, Sörnewitz, Triptis.

Sperren in Oesterreich: Buchau (Platz & Köpfer), Steinhübl (Joh. Schuldes), Krawsta (V. Fiala & Sohn), Laun (B. Bermann), Meretitz (Venier & Co., Inh. J. Koch), Prag (Malerei Scharrer & Co.), Schlaggenwald (Sommer & Matzka).

„Die Wirtschaftsfriedlichen.“

Dieser Ausdruck ist in der honetten bürgerlichen Gesellschaft, vor allem in neuerer Zeit, zu einem ganz besonderen Schlagwort avanciert. Es hat einen schönen Klang, erinnert an Frieden und Bescheidenheit und läßt sogar zwischen den Zeilen etwas vom bescheidenen Heim des artigen Arbeiters ahnen. So etwas entzündet nicht nur jedes sentimentale Penionsräulein, es übt auf die ganzen besitzenden Klassen einen eigenartigen Zauber aus. Friedfertigkeit und Bescheidenheit gefällt dieser honetten Welt stets am — Arbeiter. Wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen, dann hat das freilich mit Wirtschaftsfriedlichkeit nichts zu tun. Und es ist eine Fronte der Weltgeschichte, daß Völker, die vorher vereint unter dem Zeichen des heiligen Kreuzes gegen den Halbmond kämpften, später als „Erbfeinde“ aufeinandergehetzt werden, um durch solche christliche Kauferei den besitzenden Klassen gute Beute zuzuschlagen. Jedoch an solcher Wirtschaftsunfriedlichkeit hat unser Bürgertum weniger auszusetzen. Wohl steht es mit saurer Miene, wie Handel und Gewerbe durch diese fortgesetzten Beunruhigungen floden, aber es nimmt das hin in der „Erkenntnis“, daß Kriege nun einmal zu den „gottgewollten“ Einrichtungen gehören und man freut sich wohl auch des „Heldenmutes“ unwissender Proleten, die sich auf höheren Befehl heute als Feind belämpfen müssen, was gestern noch Freund und Verbündeter war und auf Geheiß ihrer Vorgesetzten Leben und Gesundheit zur höheren Ehre des „weständischen“ Kapitalismus aufs Spiel setzten. Die ungünstigen wirtschaftlichen Folgen solcher Beunruhigungen spürt ja auch das Bürgertum am eigenen Leibe weniger, das Proletariat ist hier immer der zunächst leidende und am jählbarsten betroffene Teil. Es läßt und leidet immer in erster Linie für die Sünden kapitalistischer Manipulationen. . . .

Doch wir wollen uns heute von den Wirtschaftsfriedlichen unterhalten. Die bürgerliche Gesellschaft gerät in helles Entsetzen, wenn sie dieses Wort in Verbindung mit der Arbeiterbewegung hört. Die Wirtschaftsfriedlichen! Leute, die sich ruhig an die Kette des Kapitalismus legen lassen und unter allen Umständen den lieben, süßen Frieden mit ihren „Brot-

gebern“ aufrecht erhalten wollen. Die sich demütig bücken und geduldig schließen, was Unternehmerwillkür ihnen auferlegt. Die mit allem Vorlieb nehmen und im Unternehmer die gottgewollte Autorität erblicken, der sie sich willig unterordnen, gehorsam jedes Winkes und von Abscheu erfüllt gegen jene „entarteten“ Klassengenossen, die sich erdreisten, wider den heiligen Unternehmerkachel zu lästern und eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu fordern.

Da ist es wohl selbstverständlich, daß diese „Wirtschaftsfriedlichen“ den ungeteilten Beifall aller Staatserhaltenden finden. Bei jeder Gelegenheit werden sie als leuchtendes Muster von Bescheidenheit und Friedfertigkeit gepriesen. Auf ihr Verhalten ruht ein staaterhaltender Hauch, der das robuste Gewissen jeden Reaktionärs von neuem erfrischt und die Ueberzeugung von der Unübertrefflichkeit des heutigen Staatswesens kräftigt. In seines Kapitalistenherzens Ueberschwang hat sogar einmal ein richtiggehender deutscher Staatssekretär diese Leute als dem Staate ganz besonders nützliche Elemente bezeichnet. . . .

Der Staat — das ist in diesem Falle der Kapitalismus, oder noch genauer ausgedrückt der Geldbeutel der Besitzenden. Und es ist richtig: Diese Wirtschaftsfriedlichen kann der Kapitalismus nicht genug loben und ihnen alle Tugenden andichten, die sie bei Dichte betrachtet allerdings nicht haben. Denn sie lassen sich dazu gebrauchen, für schönen Mamon gegen ihre Klassengenossen, sogar in organisierter Form aufzutreten, um das berechtigte Streben der eigenen Klasse nach einer besseren Lebenslage zu durchkreuzen und damit die Interessen der Unternehmer zu stützen.

Wenn nun auch das Lob dieser Wirtschaftsfriedlichen in hellen Klängen durch den ganzen kapitalfrommen Blätterwald hindurchschallt und jedes Mitglied dieser Kunst von der honetten Gesellschaft als braves, gefinnungstüchtiges Element gefeiert wird — das Klassenbewußte Proletariat hat hierüber eine andere Meinung. In seinen Augen sind diese Wirtschaftsfriedlichen Marodeure des Klassenkampfes, Verräter ihrer Klassengenossen. Sie sind es, die die Solidarität des vorwärtsstrebenden Proletariats nicht kennen und diesem bei seinem Streben nach Verbesserung seiner Wirtschaftslage in den Rücken fallen. Sie sind es, die die Unternehmer als Wahrzeichen proletarischen Verrats auf ihr Fabrikgemäuer aufpflanzen, um so Proletariat gegen Proletariat auszuspielen und damit das System schrankenloser Ausbeutung aufrecht zu erhalten. Sie sind eine wichtige Schutztruppe des Geldsacks und damit der Staatsinteressen, denn in den Augen aller gefinnungstüchtigen Patrioten ist Geldsack und Staatsinteresse eins. Und daß diese entarteten proletarischen Pflanzen vornehmlich auf gelbem und in neuerer Zeit auf sogenannten christlichen Boden üppig ins Kraut schießen, das gibt der ganzen Aufmachung eine ganz besonders interessante Note. Der Gipfel des proletarischen Klassenverrats ist der organisierte.

Das aufgeklärte Proletariat weiß jedoch, daß hier politische Zwecke die Haupttriebfedern sind. Hinzu kommen die persönlichen Eigenschaften der „Wirtschaftsfriedlichen“, nämlich Niedertracht, Dummheit, Egoismus und Feigheit. Daß freilich gegen den wirtschaftlichen Kampf des organisierten Proletariats die „Wirtschaftsfriedlichen“ aus reiner Niedertracht ankämpfen, kommt — abgesehen von den den Arbeiterverrat professionmäßig ausübenden Hingegardisten — verhältnismäßig selten vor. In der Regel paart sich mit der Niedertracht die Dumm-

helt, denn Leute, die aus reiner Abenteuerlust streitenden Arbeiter in den Rücken fallen, sind nicht nur schlechtthin Abenteuer, ihr Verhalten wird auch durch eine gute Portion Unwissenheit bestimmt. Viel schlimmer aber ist der Egoismus, der bei diesen Marodeuren des Klassenkampfes vorhanden ist und oftmals eine Abschwächung nur dadurch erfährt, daß auch damit die schon genannte Portion Dummheit Hand in Hand geht. Es ist klar, daß solche professionsmäßigen „Wirtschaftsfriedlichen“ oft nur darauf sehen, wie ihre arbeiterverräterische Handlung vom Unternehmer in klingender Münze gewertet wird. Sie erhalten gutes Futter und außerdem steht ihnen auch noch der volle Schutz der Staatsgewalt zur Seite, die ihnen erlaubt, Handlungen zu begehen, die nichts weniger als „friedlich“ sind und bei gewöhnlichen Sterblichen mit voller Justizstrenge geahndet werden. Dieser offensichtliche Vorzug macht die Leute oft so rabiata, daß der Vater Staat selbst schon seine liebe Not hatte, diese „Wirtschaftsfriedlichen“ in ihre Schranken zurückzuweisen.

Ein anderes Element der „Wirtschaftsfriedlichen“ sind die Feiglinge. Ihnen geht der Mannesmut ab und sie lassen sich oft wider ihre Überzeugung als williges Werkzeug der Unternehmerinteressen gebrauchen. Sie fühlen, daß ihre Handlungsweise eine in den Augen jedes rechtlich denkenden Arbeiters verwerfliche ist, sie haben aber nicht den Mut, gleich jenen offen und frei für die Besserstellung ihrer Wirtschaftslage einzutreten. Sie ersetzen deshalb den Mannesmut durch Unterwürfigkeit und kriechende Demut, glauben dadurch ihre soziale Stellung zu festigen und spielen mit frommem Augenaufschlag empor zum Kapitalistenstuhl, freuen sich der von dort auf sie herniederströmenden väterlichen Guld und Gnade und wiegen sich in der Hoffnung, endlich einen „wohlverdienten“ Anspruch auf „Lebensstellung“ zu erhaschen.

Ah, was seid ihr „Wirtschaftsfriedlichen“ doch für jämmerliche Kerle! Bosheit, Dummheit, Egoismus und Feigheit sind die bösen Triebfedern eurer traurigen Handlungsweise! Ihr fallt euren kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken, schnöden Augenblicksgewinnes halber, ihr degradiert euch zu Judas Ischariotten eurer Klassengenossen und erntet dafür noch nicht einmal dreißig Silberlinge! Ihr seid Verräter der eigenen Klasse und verächtliche Marodeure des wirtschaftlichen Kampfes. Den Dank dafür erntet ihr durch die Kapitalistenklasse, die die Schützerin ihrer eigenen Interessen und die natürliche Gegnerin jeder freiheitlichen Entwicklung ist und euch nur als Mittel zum Zweck, zur Füllung des unternehmerlichen Geldsackes und zur Stärkung der Staatsautorität benutzt.

Wahrlich, das hohle Bürgertum kann stolz sein auf solche Bundesgenossen. Das Proletariat aber wendet sich mit Abscheu von ihnen und brandmarkt sie als gewissenlose und feige Verräter der Arbeiterklasse. Denn die „Wirtschaftsfriedlichen“ sind alte Bekannte. Man nannte sie früher Arbeitswillige. Als dieser Ausdruck schon zu ramponiert erschien, knobelten die unternehmerlichen Sprachforscher eine andere Bezeichnung für die gleiche Gattung aus und entdeckten dann das Schlagwort von den „Wirtschaftsfriedlichen“. Ob arbeitswillig oder wirtschaftsfriedlich, beides ist die gleiche Nummer! Das Proletariat behandelt sie gleichwertig und setzt dafür den guten und leichtverständlichen Ausdruck: **Streikbrecher!**

Unsere Justiz.

I.

Nahzu täglich lesen wir in der Tagespresse Urteile, die mit unserem Rechtsempfinden in schroffem Gegensatz stehen; sei es nun, daß wir ein Urteil im Hinblick auf die Delikte, die zur Aburteilung standen, für zu milde empfanden, oder daß uns die Härte des Urteils, die Höhe der Strafen in helle Empörung versetzte. Gewiß, die Rechtsprechung wird es nicht jedem recht machen können; aber es steht immerhin schlecht um das Ansehen der Rechtsprechung, wenn sie in einem großen Teile der Bevölkerung das Empfinden auslöst, daß ihre Urteile das Rechtsempfinden ganzer Bevölkerungsschichten verletzt und dieser starke Unwille immer jenen durch das Hineinfügen politischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge noch mehr gesteigert wird.

Zu kaum einer Zeit als gegenwärtig tritt diese Erscheinung der Rechtsprechung so unangenehm hervor. Nicht in jedem Urteil nein, aber doch in so vielen, daß man den Eindruck nicht los wird, daß die erregten politischen und wirtschaftlichen Kämpfe ihre Bewegung und Parteileidenschaft leider recht oft auch in den Gerichtssaal hineinschleppen. Der Richter soll über den Parteien stehen, nicht die Parteien des einfachen Mannes anders beurteilen, als die des Hochstehenden. Er soll das Gefühl des einen so bewerten, als das des anderen, auch

wenn soziale Rangstufen durch das wilde Treiben des kapitalistischen Getriebes eine Trennung vorgenommen haben; die Höhe, die in einem Verbrechen zum Ausdruck kommt ist gleich verwerflich, ob sie nun Herr oder Knecht auf sein Schuldkonto ladet. Wir werden irre an diesen Grundsätzen einer vorurteilslosen Justiz, wenn wir manche der Vorgänge aus der Arbeitsbewegung Revue passieren lassen.

Einen solchen Rückblick auf das Walten unserer Justiz hat Erich Kuttner in einer Schrift, betitelt „Klassenjustiz“ unternommen.

Eine sehr verdienstvolle Schrift, die eine Fülle von Material vorführt, um uns in die moderne Nichtsätte unserer Justiz heranzuführen. Wir geben aus dem reichen Inhalt einiges wieder; man ist dabei leider in der Auswahl beschränkt, da es bietet hier jedes Beispiel ein wertvolles Dokument. Wir können die Leser nur sehr nachdrücklich auf die Schrift hinweisen. Der Verfasser schildert uns, wie aus dem Klassencharakter des heutigen Staates auch die Rechtsprechung beeinflusst werden muß.

Der Klassencharakter unserer Gesetze mutet uns im heutigen Klassenstaat als etwas beinahe so Selbstverständliches an, daß wir ihn kaum noch im Auge haben, wenn wir gemeinhin von „Klassenjustiz“ reden. Er entfällt ja auch nicht auf das Konkrete unserer Justiz, denn die Gesetze werden nicht von Juristen gemacht, sondern von Regierungen und Volksvertretungen, denen heute zumeist noch die Vertreter der oberen Klassen ausschlaggebend sind.

Aber die Statuierung von Gesetzen ist nur die eine Seite der Rechtspflege. Sind die Gesetze festgestellt, so bleibt noch die wichtigste Aufgabe ihrer Auslegung und Anwendung an den Einzelfall. Zu diesem Zweck fungieren unsere Gerichte, die somit ein wichtiges Glied im Staatsorganismus bilden.

Ihre Freiheit und Bedeutung für die Rechtspflege ist größer, als auf den ersten Blick scheinen möchte. Freilich ist der Richter an das Gesetz gebunden, aber wer einmal praktisch versucht hat die abstrakten Gesetzesregeln auf den konkreten Einzelfall anzuwenden, der weiß, wie viele Auslegungsmöglichkeiten gegeben sind. Es ist ja der Witz sprichwörtlich geworden, daß zwei Juristen, die man über denselben Fall befragt, drei verschiedene Ansichten äußern. Es kommt hinzu, daß unser ganzes Recht durchsetzt ist mit Hinweisen auf „Treue und Glauben“, die „guten Sitten“, die „Verkehrssitte“ usw. Begriffe, die im Einzelfall natürlich ganz verschieden ausgelegt werden können und werden.

Die Freiheit des Richters kann dazu führen, daß die Rechtsprechung noch über das hinausgeht, was die Gesetzgebung wollte, daß auch sie zu einem Werkzeug der Bedrückung und Ausbeutung wird. Erst wenn auch der zweite Teil der Rechtspflege, die Rechtsprechung, sich gegen die unteren Klassen wendet, reden wir erst eigentlich von Klassenjustiz.

Das heißt nicht etwa, daß der Richter im Interesse der kapitalistischen Presse wesentlich das Recht beugt. Solche Fälle mögen vielleicht hier und da vorkommen; sie sind aber nicht einmal zu erweisen, solange man nicht in die Brust eines jeden Richters hineinschauen kann; sodann aber bilden sie auch nicht das wesentliche Merkmal für den Begriff der Klassenjustiz. Tatsächlich behaupten wir deshalb auch nicht das Vorhandensein wesentlicher Rechtsbeugung; dies gilt sowohl im allgemeinen, wie auch für sämtliche im Text aufgeführten Einzelfälle.

Klassenjustiz entsteht allein schon dann, wenn der Richter in den Vorstellungskreisen und Moralanschauungen der herrschenden Klasse — der er meist selbst entstammt — so befangen ist, daß er in dem Glauben, Recht im allgemeinsten Sinne zu sprechen, tatsächlich nur das Interesse jener herrschenden Klasse vertritt. Es handelt sich also nicht um einen Charakterfehler des Richters, sondern um einen Mangel im Denken, an dem der einzelne schuldlos sein mag, dessen Ursachen jedenfalls in den heutigen materiellen Verhältnissen begründet liegt. Ein Richter z. B., der in einem Streikbrecher die Blüte der Kultur sieht, mag dies im besten Glauben tun; er gehört eben zur herrschenden Klasse, und es ist eine menschliche Schwäche, alles, was einem nützt, in idealisiertem Lichte zu sehen. Und der Richter ist auch nur Mensch.

Es ist also ganz sinnlos, wenn bürgerliche Kreise zeternd, das Wort „Klassenjustiz“ enthielte eine schwere Beleidigung des Richterstandes. Man kann es freilich einem Klassenurteil von außen nicht ansehen, ob die Richter, die es fällten, bewußt oder unbewußt im Geiste der herrschenden Klasse justizierten haben. Aber die Sozialdemokratie ist stets loyal genug

*) Klassenjustiz. Von Erich Kuttner. Verlag: Buchhandlung „Vorwärts“. Preis 1 Mk.

wesen, bis zum Beweise des Gegenteils unseren Richtern den guten Glauben anzuerkennen.

Ja, aus richterlichen Kreisen selber ist uns die Existenz der Klassenjustiz bestätigt worden. Man lese folgenden Ausspruch eines hochgestellten Richters:

„Da die böse Sozialdemokratie nun einmal nicht mehr in der Zwangsjacke eines drakonischen Ausnahmerechts steckt, muß das gemeine Recht, die erforderlichen Handhaben der gewünschten Fesselung darbieten. Und da das gemeine Strafrecht mit seinen Normen nun einmal nicht darauf zugeschnitten ist, speziell gegen die Sozialdemokratie Waffen herzugeben, muß man diese Normen fein säuberlich durch juristisches Dehnen und Pressen für den Zweck zurechtrenken. Noch haben wir, die Vertreter heutiger Staats- und Gesellschaftsordnung, die richterliche Gewalt in Händen: machen wir davon rücksichtslos Gebrauch gegen die Todfeinde unseres Staates und unserer Gesellschaft, ehe die soziale Revolution uns ans Messer liefert! So etwa denken die bewußtesten, denen die übrigen bongré malgré (wohl oder übel) nachgiebig folgen.“

So schrieb im Jahre 1898 in der Hardenschen „Zukunft“ der Reichsgerichtsrat Mittelstädt. So hat hier einer der höchsten Richter des Deutschen Reiches Wesen und Existenz der Klassenjustiz mit rücksichtsloser Schärfe bestätigt.

In dem folgenden schildert der Verfasser die Einwirkung der kapitalistischen Interessentriebe auf die Rechtsprechung, er untersucht die gesellschaftliche Stellung der Richter und schließlich auch ihre Abhängigkeit.

„Mit welchen Augen nach der darzulegenden äußeren und inneren Entwicklung das Gros unseres Richterstandes auf die moderne Arbeiterbewegung sehen mag, kann kaum zweifelhaft sein. Den besten Beweis für mangelndes soziales Verständnis bilden natürlich die von diesen Richtern gefällten Urteile. Aber ehe wir auf diese kommen, erst eine Blütenlese markanter Einzelaussprüche:

Der Landgerichtsrat Mundry in Breslau bezeichnet die Beamten, die den Weg zur „Breslauer Volkswacht“ finden, in öffentlicher Verhandlung als „Ehrlose Schweinehunde“. (Man beachte die vornehme Ausdrucksweise.) Als der Angeklagte Genosse Schiller von der „Breslauer Volkswacht“ sich dagegen wehren will, wird er von Herrn Mundry mit einer Ordnungsstrafe bedroht. Derselbe Richter erklärte (Juni 1912) im Prozeß gegen den Redakteur Förster von der „Volkswacht“ bei der Urteilsverkündung, daß das Gericht „leider“ habe auf Freisprechung erkennen müssen.

Herr Assessor Warmbrunn in Danzig weigert sich, (Juni 1911) den Genossen Crispian als Zeugen zu vernehmen, weil Crispian einer Partei angehört, „die offen erklärt, daß der Eid nicht binde“.

Der Arbeiter Hellmann, der den Kassierer des Konsumvereins „Vorwärts“ in Breslau durch ein Flugblatt gröblich beleidigte, wird in erster Instanz freigesprochen mit der Begründung, „daß Beleidigungen unter Sozialdemokraten so üblich sind“. Erst das Landgericht hebt dieses famose Urteil auf (Mai 1912).

Der Landgerichtsdirektor Suchsland in Naumburg faßte seine soziale Weisheit mit den Worten zusammen: „Ein Diebstahl ist nicht so schlimm, wie wenn ein Arbeiter den anderen von ehrlicher Arbeit abzuhalten sucht“. (Dezember 1911.)

Amtsgerichtsrat Lottermoser, Dresden, meint: „Der Richter steht zum Angeklagten, wie der Offizier zum Untergebenen“. (November 1911.)

Amtsgerichtsrat Küdert, Frankfurt a./M., lehnt Beweisangebote ab, „da sie nur gestellt seien, um ihre Ablehnung in der sozialdemokratischen Presse kritisieren zu können“.

Landgerichtsdirektor Richter, Essen, produzierte gelegentlich der Streitprozesse im Ruhrgebiet, in einer Urteilsbegründung am 28. März 1912 folgenden Satz: „Als die Arbeitswilligen in Begleitung von Gendarmen kamen, verschwand der Angeklagte nach Art der fetigen Memmen, das sind die richtigen!“

Eine Klage des hierdurch beleidigten Bergmanns Bernhard Lönnermann endigte mit der Freisprechung des Richters. Das Schöffengericht erklärte, daß der Angeklagte sei: Recht, die Tat zu bestreiten, in einem Maße mißbraucht habe, das an Ungebühr vor Gericht grenze. Der Vorstehende habe deshalb getroffen den Privatkläger in der geschriebenen Weise kennzeichnen dürfen. Der Richter brauche sich hierbei nicht immer der Ausdrücke zu bedienen, die unter Juristen üblich seien, er könne vielmehr gegebenenfalls auch solche Ausdrücke wählen, die er als dem Angeklagten mehr geläufig ansehe. Das Landgericht blügte dem Richter den Schutz des § 193 zu, wobei es als zweifelhaft anah, ob der Ausdruck „fetige Memme“

der Würde des Gerichts entspräche. Das Oberlandesgericht Hamm bestätigte im Januar 1913 das freisprechende Urteil.

Genosse Reichardt mußte sich als Angeklagter vom Amtsrichter Genthof in Weiswasser als „gewerksmäßiger Ehrabschneider“ titulieren lassen. (Januar 1912)

Amtsgerichtsrat Weber, Bochum, äußerte zu einem angeklagten Sozialdemokraten: „Wenn ihre Genossen eine Gewalttat begehen und nachher zu fetige sind, es einzugehen, dann vertriehen sie sich hinter allerhand Ausflüchte. So sind die Gefinnungsgenossen des Angeklagten“. Als er sah, wie der anwesende Redakteur des „Vollblattes“ diese Worte notierte, fuhr er fort: „Schreiben Sie's auf und bringen Sie's in Ihr Blatt. Was gebe ich darum, danach frage ich gar nichts! (Mai 1910.)

Anders der Amtsgerichtsrat Birke, Spandau. Dieser äußerte in der Verhandlung gegen den Genossen Seeland wegen Wahlrechtsdemonstrationen: „Es ist bekannt, daß die sozialdemokratische Partei geneigt ist, zu Gewalttätigkeiten zu schreiten“. Dieser Herr verbot merkwürdigerweise, daß sich einige Zuhörer diese Worte notierten. (Mai 1910.)

Auf dieses Verständnis für die soziale Lage der arbeitenden Klassen läßt es schließen, wenn Amtsgerichtsrat Grünner, Chemnitz, bei einem nach Kräften anständig gekleideten Arbeiter bemängelt, daß dieser keinen weißen Stehtraagen, sondern nur einen umgelegten Hemdenragen trage. (Mai 1910.)

Solche Fälle sind übrigens vor Gericht nichts seltenes. Ebenso zeugt es nicht von sozialem Verständnis, wenn ein einfacher Landarbeiter wegen Ungebühr 24 Stunden in Haft genommen wird, weil er das Essen seiner Guts herrschaft mit den Worten kritisiert: „Das war kein Essen, sondern ein Fressen“. So ging es dem Dienstknecht Gustav Fischer vor dem Potsdamer Schöffengericht. (September 1910.)

(Fortsetzung folgt.)

Von den österreichischen Gewerkschaften.

Der soeben erschienene Jahresbericht 1912 der Gewerkschaftskommission Oesterreichs verzeichnet mit Genugtuung einen Aufschwung der angeschlossenen Organisationen von 421 905 auf 428 363 Mitglieder, darunter 50 416 weibliche. Die Zunahme scheint gering, doch muß dabei die Balkankrise berücksichtigt werden und ferner, daß die moderne Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich seit ein paar Jahren eine schwere innere Krise durchmacht: der in Oesterreich alles zerschneidende Nationalismus hat auch die Gewerkschaft nicht verschont. Besonders von tschechischer Seite aus sind alle Anstrengungen gemacht worden, autonome tschechische Gewerkschaften zu gründen und zu diesem Zwecke hat man nicht davor zurückgeschreckt, mit Hilfe nationaler Vorurteile die Zersplitterung in alle internationalen oder Zentralverbände Oesterreichs zu tragen. Dieser Bruderkampf hat natürlich auf die gesamte Arbeiterbewegung ungeheuer lähmend gewirkt. Trotzdem gehören den österreichischen Zentralverbänden neben rund 322 000 deutschen auch 70 000 tschechische, 20 000 polnische, 9 000 italienische, 6 000 slawenische und 1 000 ruthenische Mitglieder an. Wenn man nun dazu in Betracht zieht, daß die Gesamtmitgliedergahl der Gewerkschaften, die von 1907 bis 1910 dauernd zurückging, jetzt wieder regelmäßig steigt, so darf man wohl annehmen, daß sie die nationalistische Krise überwunden haben. Es wird dann nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die durch die separatistischen Gedankengänge irreführenden tschechischen Arbeiter sich wieder in der gemeinsamen Organisation mit ihren Kollegen der anderen Landessprache zusammenfinden werden.

Der Landeszentrale sind 54 Zentralverbände mit 4 220 Ortsgruppen sowie 23 Lokalvereine angeschlossen. Die Gesamteinnahme dieser Gewerkschaften betrug im letzten Jahre 9 969 000 Kr., die Ausgabe 9 171 000 Kr., der Kassenbestand 5 770 000 Kr. ohne den Solidaritätsfonds der Landeszentrale. An Unterstützungen wurden aufgewendet: 222 972 Kr. Reiseunterstützung, 1 403 068 Kr. Arbeitslosenunterstützung, 987 140 Kronen Krankenunterstützung, 329 976 Kr. Invalidenunterstützung, 256 952 Kr. Sterbegeld und 523 893 Notfallunterstützung. Ferner wurden für Rechtschutz 169 514 Kr., für die Fachorgane 1 034 505 Kr., für persönliche Verwaltungskosten 932 179 Kr. und für Verschiedenes 982 386 Kr. ausgegeben. Den höchsten Vermögensbestand pro Kopf weisen die Krankenkassenangehörigen auf mit 308 Kr., dann folgen die Metallarbeiter mit 251 Kr. usw. Die Einnahmen pro Kopf berechnet, schwanken zwischen 99,64 Kr. bei den Buchdruckern und 15,25 Kronen bei den Textilarbeitern. Einige Gewerkschaften hatten noch eine niedrigere Jahreseinnahme. Die Zahl der Fachblätter beträgt 117, davon 53 in deutscher, 34 in tschechischer,

12 in polnischer, 9 in italienischer, 6 in slovenischer, 2 in ruthenischer und 1 in jüdischer Sprache. 17 Blätter erscheinen wöchentlich, 15 zweiwöchentlich, 7 dreimal, 47 zweimal und 31 einmal monatlich. Die Gesamtauflage beträgt allmonatlich 489 370 Exemplare.

Die separatistischen tschechoslowakischen Gewerkschaften zählen nach ihren eigenen Angaben rund 100 000 Mitglieder.

Die Umwandlung von Versicherungen.

Bei den privaten Versicherungsgesellschaften versielen im Jahre 1911 von den erloschenen Volksversicherungen mehr als 50 Proz. ohne jede Vergütung; über 300 000 Personen büßten die von ihnen bezahlten Eintrittsgelder von 1,50 Mk. bis 2 Mk. pro Versicherung und ihre an die Versicherungsgesellschaft entrichteten Prämien ein. In den ersten drei Jahren wird bei den meisten Gesellschaften keine Vergütung für die eingezahlten Prämien gezahlt; erst nach drei Jahren können die Versicherten laut Gesetz verlangen, daß ihre Versicherung in eine prämienfreie umgewandelt wird. Diese Umwandlung erfolgt in der Regel derart, daß die Versicherungssumme im Verhältnis der eingezahlten Prämien zu der Gesamtsumme der für die ganze Versicherungsdauer zu leistenden Prämien herabgesetzt wird. Die Volksfürsorge hätte nun das schwierige Problem, den Verfall von Versicherungen nach Möglichkeit zu verhüten, ebenfalls nicht gut lösen können, wenn sie, wie die alten Gesellschaften, lediglich Kapitalversicherungen eingeführt hätte. Die Volksfürsorge hat aber neben dieser auch Sparversicherung, deren Einführung die großen Gesellschaften fast ausnahmslos stets abgelehnt haben. Infolge Einführung der Sparversicherung ist die Volksfürsorge in der glücklichen Lage, schon im ersten Jahre des Bestehens einer Versicherung den Verfall fast ganz auszuschließen. In ihren Versicherungsbedingungen zu den Kapitalversicherungen heißt es:

„Erfolgt die Zahlung der Prämien nicht binnen zwei Monaten vom Fälligkeitstag ab, so treten folgende Wirkungen ein:

a) Ist auf die Versicherung noch nicht eine volle Jahresprämie gezahlt, so wird sie in eine Sparversicherung umgewandelt, wobei die eingezahlten Prämien abzüglich 20 Proz., mindestens aber von 1 Mk. dem Versicherten angerechnet werden.

b) Hat die Versicherung mindestens ein Jahr bestanden und ist die Prämie für diesen Zeitraum bezahlt, so wandelt sich die Versicherung von selbst in eine prämienfreie um.“

Die Umwandlung erfolgt in der Weise, daß an die Stelle der vereinbarten Versicherungssumme der Betrag tritt, der sich für das Alter des Versicherten ergibt, wenn die auf die Versicherung entfallende Prämienreserve als einmalige Prämie angesehen wird. Beide Arten der Umwandlung sind für die Versicherten die denkbar günstigsten; im ersten Jahre der Versicherung ist für die Versicherten die Umwandlung auf Sparversicherung am vorteilhaftesten, bei schon erfolgter Einzahlung größerer Prämiensummen wirkt für sie die zweite Art günstiger.

Ohne irgendwelche Vergütung werden bei der Volksfürsorge also nur in wenigen Ausnahmefällen Versicherungen verfallen; der festgesetzte geringe Abzug im ersten Jahre der Versicherung von 20 Proz. der eingezahlten Prämien war notwendig, um nicht die Interessen der regelmäßigen Zahler zu schädigen. Die Volksfürsorge hat bei jeder Versicherung von vornherein Risiko zu tragen. Stirbt der Versicherte im ersten Versicherungsjahre, so werden die eingezahlten Prämien zurückerstattet, tritt der Tod infolge eines körperlichen Unfalles ein, so wird die volle Versicherungssumme gezahlt. Für jede Versicherung entstehen außerdem Verwaltungskosten, so daß der Abzug von 20 Proz. der eingezahlten Prämien als ein sehr minimaler zu bezeichnen ist.

Verbands-Angelegenheiten

Situationsbericht Der **St. in Eisenberg S.-A.**, Firma **W. Jäger**, dauert unverändert an. Bezug ist nicht zu verzeichnen, und wollen die Kollegen allerorts auch fernerhin dafür sorgen, daß **keine** Bezug nach Eisenberg, Firma **Jäger**, unterbleibt.

In **S. b.**, **Kranthelm & Edelberg** ist eine Änderung nicht eingetreten; auch hier gilt es, Bezug strengstens fern zu halten.

In **W. o. h. g.** bei **Gera (Neuß)**, Firma **Unger & Schilde**, drohen Lohnunterschieden bei den **Stehern** und **Stehertinnen**. Für einen neueingeführten Artikel sind **Arbeitslöhne** geboten,

die geradezu als **skandalös** bezeichnet werden müssen. So lange diese Angelegenheit nicht zur Zufriedenheit der Beteiligten geregelt ist, wolle man **Roschütz** mit **Arbeitsangeboten** verschonen.

In **Röppelsdorf**, Firma **Hering & Sohn** haben wegen eingereichter Forderungen **Verhandlungen** stattgefunden, die zu einem **Abschluß** dieser Angelegenheit führten.

Bei den Firmen **Heubach** und **Marjeille** in **Röppelsdorf** wollen die **Brenner** an die **Betriebsleitungen** herantreten wegen **Aufbesserung** der **Löhne**. Wir werden später wieder hierüber berichten.

In **Tettau**, Firma **Sontag & Söhne**, ist es zu **Verhandlungen** über die eingereichten Forderungen noch nicht gekommen; hierzu bleibt alles weitere noch **abzuwarten**.

J. Schneider.



Jubiläum der Berliner Porzellanmanufaktur. Der 16. Juli war für die königliche Porzellanmanufaktur ein bedeutungsvoller Tag; an ihm schloß vor 150 Jahren Friedrich der Große mit dem „patriotischen“ Kaufmann **Goglowsky** den Vertrag ab, durch den die bisher in Privathänden befindliche Porzellanmanufaktur verstaatlicht wurde. Der Berliner Großkaufmann **Wilhelm Caspar Wegely** hatte bereits 1751 damit begonnen, in seinem an der Ecke der Neuen Friedrichs- und Königsstraße gelegenen Hause, echtes Porzellan herzustellen, das nach zeitgenössischem Urteile schon ziemlich gut war. Da aber die Porzellane aus Meissen dem jungen Unternehmen, dem ersten seiner Art in Berlin, zu große Konkurrenz bereiteten und **Wegely** überdies bei Ausbruch des siebenjährigen Krieges eine Schädigung befürchtete, so gab er sein Unternehmen auf. Von größerem Glück begünstigt war der bekannte Großkaufmann **Johann Ernst Goglowsky**, der sich durch seinen Patriotismus hervortat und zu dessen Erinnerung heute eine Straße in Moabit den Namen führt. **Goglowsky** setzte vom Jahre 1760 ab das von **Wegely** angefangene Unternehmen fort und kaufte einem sogenannten Künstler namens **C. S. Reichard** das Geheimnis, Porzellan herzustellen, für den damals sehr hohen Preis von 10 000 Talern ab. In der Leipzigerstraße erwarb er dann von den **Dorvilla'schen** Erben das Haus Nr. 4 — das Grundstück gehört heute zum Abgeordnetenhaus — wo er schon ziemlich ausgedehnte Anlagen zur Fabrikation einrichtete. Nach dem Friedensschlusse 1763 interessierte er **Friedrich den Großen** so sehr für das Unternehmen, daß der König den Ankauf der Fabrikanlagen und des Grundstücks beschloß. An die Spitze der nun „königlichen“ Manufaktur wurde ein Direktor mit dem Titel eines Geheimrats gestellt und das Berliner Porzellan erwarb sich bald Ruf und Ruhm. Auf dem umfangreichen Gelände in der Leipzigerstr. befanden sich die Hochwerke, Mühlen, Schlemmstuben, Bergglüh- und Glutöfen, das Farbenlaboratorium und die Emailfeuer, während im Vordergebäude das Hauptwarenlager und die Musterkale untergebracht waren. Auf diesem Grundstück blieb die Porzellanmanufaktur bis 1872, in welchem Jahre das Deutsche Reich ein Parlamentsgebäude zu schaffen, von dem Gebäude Besitz ergriff. Während die Fabrikation in den Tiergarten, in die Nähe der heutigen Stadtbahnstation Tiergarten, von der die nach dem Begründer der Berliner Porzellanmanufaktur benannte **Wegelystraße** zu dem Staats-Etablissement führt, verlegt wurde, blieben die Verkaufsräume in der Leipzigerstraße, wo sie eine Reihe von Jahren in dem Eckhause Nr. 137 am Leipziger Platz untergebracht waren. Jetzt befinden sie sich bekanntlich in dem gegenüberliegenden, dem Ministerium für Handel und Gewerbe gehörigen Hause Nr. 2.

Die Porzellan- und Steingutindustrie auf der „Iba“ Auf der Internationalen Bauausstellung in Leipzig sind folgende Firmen vertreten: Königl. Sächsische Porzellanmanufaktur, Meissen; **Uglschneider & Co.**, Saargemünd; **Ernst Wahlsch**, Wien; **Geb. Heubach**, Dichte bei Wallendorf; **Steingutfabrik Bordamm**; **Wächtersbacher Steingutfabrik**; **Hornberger Steingutfabrik** und die **Großh. Manufaktur kunstkeramischer Werkstätten** in Karlsruhe.

Eisenberg. Bei der Firma **Jäger** dauert der Streit unverändert fort. Die stattgefundenen Verhandlungen zwischen Vertretern des Schutzverbandes und unserer Organisation haben zu einer Einigung nicht geführt. Streittreter sind so gut wie gar nicht zu verzeichnen. Bis jetzt haben sich, außer denen, die sitzen geblieben sind, drei nützliche Elemente gefunden,

dem Unternehmer in seiner Bedrängnis beigeprungen von auswärts sind Streikbrecher nicht zugereift. Der Streikbrecher (Trommer ist sein Name) war schon voriges Jahr bei der Firma beschäftigt und wurde entlassen. Herr Gebhardt erklärte damals einer Kommission, die wegen verschiedenen Beschwerden vorstellig wurde und auch die Andigung Trommers erwähnte: „Hören Sie mir mit dem Trommer auf, solche Leute wo fortgesetzt die Polizei gelaufen kommt, werden bei uns nicht beschäftigt“. Am Montag, als Streikenden aus dem Betriebe heraus waren, wurde Trommer als erster eingestellt. (Unternehmermoral.) Daß die Herren Arbeitswilligen von den Streikenden belästigt sind, ist selbstverständlich. Herr Gebhardt hatte deshalb den Auftrag der Polizei für seine Schützlinge angerufen. Diese hat aber ein Einschreiten abgelehnt, weil keine Ursache vorhanden. Aber umgekehrt wird ein Stiefel daraus. Die Streikenden wurden verschiedene Male von den Rausreißern angeekelt, daß wir unsere Mitglieder warnen mußten, sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen. Die Beamten in dem Betriebe — und deren gibt es nicht wenige — müssen jetzt natürlich tüchtig mitarbeiten und haben ein lebhaftes Interesse im Betrieb wieder in Gang zu bringen, damit sie wieder ihre eigentliche Aufgabe erfüllen können. Deshalb wurden alle Mittel versucht, um Streikbrecher zu gewinnen. Auch Beamte anderer Betriebe versuchten der Firma Zutreiberdienste zu leisten. — Bei der Firma Reinecke wurde vorige Woche ein fremder Maler eingestellt. Weil dieser aber mit dem vollen Verdienste nicht wußte, was er anfangen sollte, lehrte nach einigen Tagen dem Betriebe den Rücken. Der Obermaler Lange gab ihm den freundschaftlichen Rat, er möchte sich bei der Firma Jäger, bei seinem Schwager Gebhardt anfragen. Der Maler wies dies jedoch mit Entrüstung zurück, er sich nicht zu einer derartigen Rolle gebrauchen lassen. Er wird mit allen Mitteln versucht, Arbeitswillige zu erlangen. Von unseren Mitgliedern ist ebenfalls einer zum Streikbrecher geworden und zwar der Brenner Louis Heinecke. Dieser wurde 6 Wochen Arbeitslosenunterstützung bezogen und ist jetzt in Streikenden in den Rücken gefallen.

Karlsruhe. Die hiesige Tagespresse schreibt: „Von der Groß. Majolikamanufaktur. Die immer steigenden Aufträge, welche der Groß. Manufaktur, künstlerische Werkstätte dahier, auf dem von ihr besonders gepflegten Gebiet der Baugeramik in neuerer Zeit von außerhalb Badens zugegangen sind, haben eine abermalige Vergrößerung der technischen und maschinellen Einrichtung und eine Vermehrung der Arbeiterzahl erforderlich gemacht. Damit hat das Unternehmen nunmehr einen überwiegend kaufmännisch-industriellen Charakter gewonnen und einen Umfang angenommen, der es von dem Betrieb durch eine Hofverwaltung wenig geeignet erscheinen ließ. Auf der andern Seite lag es im Interesse des künstlerischen Kunstgewerbes, die aus dem Ausland so zahlreich einkommenden Aufträge und baugeramischen Aufträge nicht abzulehnen, sondern ihnen möglichst zu entsprechen und die dafür erforderlichen Einrichtungen zu schaffen. Mit Rücksicht darauf ist die Groß. Manufaktur mit Wirkung vom 1. Juli d. J. an nach dem Vorbild der Königl. Porzellanmanufaktur in Bayreuth verpachtet worden und zwar an den bisherigen Leiter des hiesigen Unternehmens, Herrn August Friede und Herrn Hans Duenning in Bayreuth. Es wird demgemäß nun an auf deren und einiger stiller Teilhaber Rechnung unveränderter Weise fortgeführt werden.“

Nun ist auch dieses Kunstinstitut angegliedert an die Kette der Unternehmungen, die einen „überwiegend kaufmännisch-industriellen Charakter“ tragen. Dieser kaufmännisch-industrielle Charakter, den wohl alle Arbeiter anderweitig schon kennen lernten, wird sich wohl hoffentlich nicht auch hier prägen, das die Arbeiter in stete Kampfesstellung bringt. Wir hoffen daß das neue Unternehmen die zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestehenden Uebereinkünfte in der Weise aufrecht erhält und auch nicht in der früheren Bahn weiterfährt, nämlich unsere am Orte bestehende Sozialbewegung mit allen Mitteln zu bekämpfen und die Mitglieder auszuwachen sucht. Denn es ist etwas sonderbares, daß bei allen eintretenden Kündigungen nur Organisierte und Verbandsmitglieder betroffen werden. Man darf auch im vorstehenden Artikel den Passus von der „Vermehrung der Arbeiterzahl“ nicht so allgemein auffassen. Die Einstellung von Arbeiterkräften bezieht sich lediglich nur auf die Formerei für Baugeramik, während auf der andern Seite eine Verminderung der Arbeiterzahl in die Wege geleitet und vorgenommen wird. Kurz, die neue Gesellschaft will den künstlerischen Teil nur in einem geringem Maße weiterbetreiben, um der Benennung

„Kunstkeramische Werkstätten“ gerecht zu werden, während sie das lukrativere Geschäft „im Interesse des badischen Kunstgewerbes“ voll und ganz „neuzeitig“ betreiben will. Man, den Kollegen ist dies ja nichts neues, aber sie erwarten auch von den neuen Inhabern eine gerechte und sachliche Behandlung. An die uns noch Fernstehenden jedoch richten wir den Appell: „Schließt euch euren Arbeitsbrüdern an, stellt euch Schulter an Schulter zu euren Arbeitskollegen, denn bessere Tage werdet ihr nicht zu schauen bekommen. Ihr werdet von neuem mit dem Kapitalismus zu rechnen haben.“

Aus anderen Verbänden

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912. In Nr. 14 des „Christlichen Zentralblattes“ ist der Jahresbericht über die christlichen Gewerkschaften für 1912 erschienen. Im allgemeinen Teil beschäftigt sich der Bericht mit der Wirtschaftskonjunktur, den Reichstagswahlen, dem Ruhrbergarbeiterstreik und dem Streit mit den katholischen Facharbeitern.

Es zählten Mitglieder die:

Jahr	Christlichen Gewerkschaften	Freien Gewerkschaften
1908	264 519	1 831 731
1909	270 751	1 832 667
1910	295 129	2 017 298
1911	340 957	2 320 968
1912	344 687	1. 1. 1912 2 400 018 1. 1. 1913 2 559 718

Die Durchschnittsziffer der Mitgliedschaft für die freien Gewerkschaften im Jahre 1912 ist noch nicht veröffentlicht. Die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften betrug am 1. Januar 1912 350 574 und Ende des Berichtsjahres 350 930. Demnach beträgt seit 1908 die Steigerung der Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften 80 411 und die der freien Gewerkschaften 727 987! Im Jahre 1912 haben die freien Gewerkschaften 159 700 Mitglieder gewonnen, die christlichen Verbände insgesamt 356. Dabei haben die letzteren im Berichtsjahr 50 855 Mt. Aufnahmegebühren für beigetretene Mitglieder vereinnahmt, das sind Gebühren für mehr als 100 000 Neueingetretene! Der Bergarbeiterverband allein verlor über 6000 Mitglieder; das ist die Folge des Verhaltens beim vorjährigen Bergarbeiterstreik.

Aus der Stagnation der christlichen Gewerkschaften kann man allerdings nicht schließen, daß sie den Höhepunkt ihrer Entwicklung erreicht haben, aber sie werden immer eine Minderheitsorganisation bleiben. Wenn sie auch hier und da etwas zugunsten der Arbeiter herausholen, so verderben sie das auf der anderen Seite wieder hundertfach durch ihre Zersplitterungsarbeit und Streitbruchtaktik. Im Interesse der deutschen Arbeiterschaft wäre das Verschwinden dieser Aushorganismen nur zu wünschen.

Sechshunderttag! Der Fortschritt steht nicht still trotz aller Schanzmacher und Arbeiterfeinde. Schwere und langwierige Kämpfe gingen der diesmaligen Erneuerung der Tarifverträge in der Holzindustrie, im Bau- und Malergewerbe voraus, aber die Arbeiter erlangten doch weitere Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen. In Hamburg erreichten die Bildhauer sogar den Sechshunderttag! Nach den Mitteilungen der Bildhauerzeitung bestimmt darüber § 2 des neuen Tarifvertrages folgendes: „Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 7 Stunden, Sonnabends eine halbe Stunde weniger. Sie beginnt vormittags 8 1/2 Uhr und endigt nachmittags 4 1/2 Uhr. Vom 15. November bis 1. Februar beträgt die Arbeitszeit 6 Stunden, bei einem Lohnabzug von 1 Mt. pro Tag, an den Sonnabenden jedoch nur 50 Pf. Mittagspause während des ganzen Jahres von 12 bis 1 Uhr, an den Tagen vor den drei hohen Festen Schluß der Arbeitszeit 3 Uhr.“ — Der kurzen Arbeitszeit entsprechen natürlich hohe Löhne. Darüber bestimmt § 4 des Tarifvertrages: „Es wird in Akkord oder Tagelohn gearbeitet. Der Arbeitslohn beträgt der Arbeitskraft entsprechend 10, 11 und 12 Mt. pro Tag und muß bei Wochenschluß voll ausbezahlt werden. Außerordentlich tüchtige Kräfte können höher entlohnt werden. Bei Akkordarbeiten werden 10 Mt. für jeden gearbeiteten Arbeitstag abschlägig ausbezahlt, sofern dieselben verdient sind. Wird bei Streitigkeiten über Akkordsätze keine Einigkeit erzielt, so wird die Arbeit in Tagelohn ausgeführt. Arbeitskräfte, die den Mindestlohn nicht verdienen, können geringer entlohnt werden; die Beschäftigung solcher minderbezahlter Kräfte ist den Vertragsparteien kundzugeben.“ — An Zuschlägen von

vorstehendem Lohn wird gezahlt: Für Ueberstunden 25 pCt. für Nachtarbeit 50 pCt., für Sonntagsarbeit und für Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen 50 pCt." — Mit diesen Arbeits- und Lohnverhältnissen dürfen die Hamburger Bildhauer an der Spitze der deutschen Arbeiter stehen. Sie haben bereits die Achtstundengrenze überschritten und erfreuen sich im Sommer des Sieben- und im Winter des Sechsstundentages. Und dabei kann das Bildhauergewerbe in Hamburg nicht nur weiterbestehen, sondern sehr wahrscheinlich gedeiht es dabei noch besser als vorher. Gute Arbeitsbedingungen erhöhen Lust und Liebe, Freude und Eifer zur Arbeit und es werden beste Leistungen vollbracht. So werden die Arbeiter zu Kulturmenschen. Trotzdem ist das Ideal der Unternehmer in der Porzellanindustrie immer noch die zehn- oder elfstündige Arbeitszeit.

Die gelben feindlichen Bilder. Für eine Trennung der Berliner von der Essener Richtung tritt das Organ der Berliner gelben Werkvereine „Der Bund“ nach dem Augsburger Bundestag ein. Der „Bund“ erklärt, daß die Abschwenkung der Berliner Vereine nahe bevorstehe. In einem Artikel dieses Blattes wird zunächst darüber geschwafelt: „Die Trennung der Werkvereine der Berliner Richtung vom „Bund deutscher Werkvereine“, über die die einzelnen angeschlossenen Vereine demnächst in ihren Generalversammlungen Beschluß fassen werden, wird daher nicht . . . eine „gelbe Katastrophe“ oder eine „Schwächung der ganzen gelben Bewegung“ bedeuten, sondern diese notwendige Trennung der freien Arbeiterwerkvereine von der politisch gerichteten und von Werksbeamten beherrschten westdeutschen Richtung wird für die Werkvereinsbewegung eine erfreuliche Gesundung und damit eine wesentliche Stärkung nach innen und nach außen zur Folge haben.“ In der Nummer des „Bund“ vom 20. Juli wehrt sich die Firma Herr und Frau Lebins, Nathanson & Co. gegen den von den westdeutschen Werkvereinen erhobenen Verdacht, daß der Berliner Antrag, „Kein Werkvereinsmitglied darf wegen seiner Abstammung bei politischen Wahlen Nachteile in Bezug auf seine Verbandsrechte erleiden“, nur deshalb gestellt worden, weil in Essen Werkvereinsmitglieder wegen ihrer politischen Abstammung für das Zentrum ausgeschlossen worden seien. In Westdeutschland habe man auf die Andersdenkenden durch Ausschlußvorbehalt einen Zwang ausgeübt, der entschieden verurteilt werden müsse und der diese Leute entweder von der Werkvereinsbewegung abstoße oder zur Heuchelei zwingt. Die Berliner Werkvereine wollen werbend wirken unter den sozialdemokratischen Mitläufern, indem sie ihnen die Verlehrtheit der sozialdemokratischen Lehren zeigen und sie so allmählich durch Anleitung zum selbstständigen Nachdenken zu einem richtigen Verständnis vom Wesen des Gegenwartsstaates erziehen. „Dort Zwang, hier Bildung und Erziehung!“ So ruft pathetisch der „Bund“. Das sei in Kürze der Gegensatz zwischen Essen und Berlin in bezug auf die Stellungnahme zur Politik.

Die Essener werden hoffentlich nicht versäumen, den Berlinern nachzuweisen, wie sie durch Zwang ihre Mitglieder gewinnen. Für uns entbehrt dieser gelbe Streit nicht des kuriosen Beigeschmacks. Die täglich über den Terrorismus der freien Gewerkschaften zetern, werfen sich selbst vor, daß sie in ihren von Kapitalstengnaden subventionierten Gewerkschaften die Mitglieder nur durch politischen Zwang halten können.

Verschmelzungsverhandlungen wurden in der letzten Zeit zwischen den Verbänden der Bureauangestellten und Handlungsgehilfen geführt. Der Vorstand der Bureauangestellten teilt nun den Verbandsmitgliedern mit, daß er eine Verschmelzung als unzweckmäßig ablehnen mußte. Der Vorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen tritt für eine Verschmelzung ein und steht auch dem Gedanken einer einheitlichen Angestelltenorganisation sympathisch gegenüber, hält aber den Zeitpunkt dafür noch nicht für gekommen.

Beendete Aussperrung der Perlenmacher im Fichtelgebirge. Nach zwölfwöchiger Dauer konnte der Kampf mit kleinem Erfolg für die Arbeiter beendet werden. Alle Verhandlungen, die bisher zwischen dem Perlenarbeiterverband wie auch von Vertretern der Regierung angebahnt wurden, scheiterten an der Unwilligkeit einzelner Sägemacher unter den Unternehmern. Ein nochmaliger Versuch des Sägemachers aus Fürth hatte den Erfolg, daß die Perlenfabrikanten sich zu Unterhandlungen bereit erklärten. Es gelang dann, folgende Vereinbarungen zustande zu bringen: Die Aussperrung wird in den drei Hermann-Hütten aufgehoben. Sämtliche Arbeiter kommen sofort wieder an ihre Arbeitsplätze und erhalten eine sofortige Lohnerhöhung von 5 Prozent, eine weitere fünfprozentige Lohnerhöhung erfolgt ab 1. Mai 1914.

Schweden. Der schwedische Reichstag hat mit großer Majorität eine Invaliden- und Altersversicherungsvorlage angenommen, wonach das ganze Volk, mit Ausnahme der Beamten, versichert wird. Die Versicherten werden je nach ihrem Einkommen in 4 Klassen eingeteilt: Bei einem Einkommen bis 500 Kr. beträgt der Jahresbeitrag 3 Kr., bei 500 bis 800 Kr. Einkommen 5 Kr., bei 800 bis 1200 Kr. Einkommen 8 Kr. und bei einem höheren Einkommen 10 Kr. pro Jahr. Die Arbeitgeber sind von der Beitragspflicht befreit. Die Verwaltung der Versicherung ist eine rein bürokratische durch von der Regierung ernannte Beamte. Die zu bewilligenden Renten werden in erster Instanz festgestellt. Die durch Beitragszahlung gewonnenen Rechte beziehen sich lediglich auf eine Rente bei vollständiger Invalidität oder beim Eintritt eines Alters von 67 Jahren. Die jährliche Rente beträgt für Männer 30 Prozent der eingezahlten Beiträge, für Frauen 24 Prozent. Dazu zahlt der Staat einen jährlichen Zuschuß von 150 Kr. für Männer und 140 Kr. für Frauen. Abzugsfähig von diesem Staatszuschuß sind sämtliche eigenen Einnahmen des Rentenbezieher von 50 Kr. jährlich an, so daß bei 300 Kr. Einnahmen ein Staatszuschuß zu der Rente nicht mehr gewährt wird. Invaliditätsvorbeugende Maßnahmen sieht das Gesetz nicht vor, sodaß eine der wichtigsten Forderungen der Sozialversicherung unberücksichtigt geblieben ist.

Eine Elendsstatistik. Im „Korrespondenz-Blatt“ bespricht M. Osterroth die Verhältnisse der Bergarbeiter im Waldenburger Bergrevier, die infolge schlechter Lohnverhältnisse dauernder Unterernährung und Verelendung ausgezehrt sind. Nach einer Enquete wurde von 4544 im Kreise Waldenburg befragten Familien festgestellt, daß von diesen 2730 mit 11 448 Köpfen nur Einzimmerwohnungen bewohnen. Festgestellt wurde ferner, daß von den befragten Mitglieder der Organisation 382 Ehefrauen, das ist 7,6 Proz. regelmäßig an Lohnarbeit gehen. Von 100 Familien mit 4 und mehr Kindern wurde festgestellt, daß nur 18 eine aus 2 Räumen bestehende Wohnung haben. 142 Kinder aus diesen Familien schlafen ohne Bett auf dem kalten Zimmerboden, auf Lumpen oder Streu. Von den unehelich Geborenen starben 1910 im ersten Lebensjahr 45 Proz. Die Zahl der Totgeburten (das untrügliche Kennzeichen für die rachitische Erkrankung der Mutter in ihrer Jugend) ist doppelt so hoch wie der Reichsdurchschnitt. Von den unterstützungsberechtigten Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes in Niederschlesien waren laut amtlicher Eintragung auf dem Krankenschein 26 Proz. lungentranke. Die Jugend ist im breitesten Umfang der Tuberkulose und der Rachitis verfallen. Die schulärztliche Untersuchung ergab 1910 in der Stadt Waldenburg 86,1 Proz. erkrankte Kinder. Dabei stehen die Schulverhältnisse der Stadt Waldenburg in kognitiver Hinsicht weit über denjenigen der großen Bergarbeiterdörfer. Auch sind die Waldenburger Schulen mit einem starken Prozentsatz gutgenährter Bürgerkinder durchsetzt, sodaß der Schluß zulässig ist, daß es mit der Gesundheit der Bergarbeiterjugend noch viel schlimmer bestellt ist.

Durch die bürgerliche Presse geht nun folgende Notiz, welche die obigen elenden Zustände erhärten:

„Eine Nachtherberge für Schulkinder haben die städtischen Körperkassen in der Bergwerksstadt Waldenburg in Schlesien mit Unterstützung privater Wohlfahrtspflege für größere Schulkinder geschaffen, die in ihrer meist unglaublich überfüllten elterlichen Wohnung keine gesunde Schlafstätte haben. Die Kinder erhalten durch die aufsichtsführende Diakonistin ein kräftiges Abendbrot und warmes Frühstück.“

Herr und König dieser Armen ist der steinreiche Fürst v. Bismarck — So steht es in der „göttlichen“ Gesellschaftsordnung aus.

Von der Tuberkulose. Eine traurige und erschütternde Statistik wird in der „Revista Internazionale die Scienze sociali“ veröffentlicht. In Europa sterben jährlich etwa 500 000 Menschen an Tuberkulose. Von je einer Million Einwohner sterben an Tuberkulose in Oesterreich-Ungarn 3300 Personen, in Deutschland 2200, in England 1400, in Italien 1300. In Deutschland beträgt die Zahl der an Tuberkulose erkrankten Personen fast 1 Million. Ein Drittel aller Todesfälle zwischen dem 15. und 70. Lebensjahre ist auf Tuberkulose zurückzuführen. Statistisch verhältnismäßig niedrigster Sterblichkeitsquotient für Tuberkulose darf, so fährt das Blatt fort, keine Illusionen erwecken. Es ist sicherlich nur dem Umstande zu verdanken, daß in Italien der Industrialismus noch nicht allzusehr entwickelt ist.

Neuhaus a. R. Am 27. Juli fand die Versammlung der hiesigen Zählstelle statt. Der Vorsitzende gedachte zunächst des verstorbenen Genossen Fritz Zietsch, und wurde sein Andenken durch Erheben von den Händen geehrt. Hierauf ging man zur Tagesordnung über. Als Punkt war verzeichnet Rechnungsabschluss pro 2. Vierteljahr 1918. Derselbe von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde, stellte die Versammlung dem Kassierer einstimmig Entlastung. Der Punkt betraf Betriebsangelegenheiten, worüber sich eine lebhaft Diskussion entspann. Die Kollegen wurden sich jedoch darüber einig, von verschiedenen Punkten jetzt Abstand zu nehmen, da sich die gegenwärtige Lage noch nicht eignet, zu wichtigen Angelegenheiten Stellung zu nehmen. Unter Verschiedenes forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, in Zukunft vom Kassierer Streitmarken zu entnehmen. Da unser 12 Proz. Fonds schwach bestellt ist, sollen die Mitglieder zu den Kartellbeiträgen ebenfalls etwas steuern. Ferner wurde beschlossen, die Bibliothek dem Bildungsausschuß zu überweisen und sollen die, welche Bücher entleihen, eine kleine Veelegebühr zahlen. Der Erlös soll zur Vermehrung des Bücherbestandes verwendet werden. Zum Schl.ß der Versammlung forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, das Gewerkschaftsfest in Käßhütte recht zahlreich zu besuchen, und für unsere gerechte Sache auf jede Weise zu demonstrieren.

Golditz. Die am 19. Juli stattgefundene Versammlung war bewährlicher Weise sehr schwach besucht. Von 150 Mitgliedern waren 27 anwesend. Bevor die Versammlung in die Tagesordnung eintrat, ehrte man das Andenken des verstorbenen internationalen Sekretärs, Gen. Zietsch. Der Bericht von der letzten Kartelltagung wurde ohne Debatte entgegengenommen. Alsdann brachte der Vorsitzende den Bericht der Generalversammlung in sehr ausführlicher Weise zum Vortrag. Die hierauf erfolgte Diskussion war kurz gehalten. Anschließend kritisiert die Versammlung das Verhalten der Fabrikarbeiter bei dem Streit der Porzellanarbeiter in Grünstadt. Daß durch Verzug des bisherigen Revisors freigewordene Amt wurde neu besetzt. Unter Punkt Verschiedenes wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Mitglieder, die länger als 18 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden in Zukunft, und zwar beim nächsten Quartalsabschluss, in der Versammlung bekanntgegeben.

Oberhohndorf. Die Zahlstellenversammlung vom 19. Juli ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des Gen. Zietsch. Beim ersten Punkte der Tagesordnung machte der Kassierer darauf aufmerksam, daß er den Abschluß fertigstelle und die Reste innerhalb einer Woche beglichen sein müssen. Zum zweiten Punkte werden einige Schreiben verlesen, darunter eins vom Gauleiter Hirsch. In diesem Brief letzterer mit, daß Gauleiter Hoffmann im Herbst eine Tour durch Schlesien und Sachsen unternimmt und trägt an, ob die Zahlstelle gewillt ist, einen Lichtbildvortrag entgegenzunehmen. Dem wird wegen des agitatorischen Wertes eines solchen Vortrages freudig zugestimmt. Dann erstattet der Delegierte Bericht von der Generalversammlung. Er gibt einen ausführlichen Ueberblick über die Verhandlungen, besonders hervorhebend, daß die Verschmelzung an dem Verhalten der Glasarbeiter gescheitert ist. In der Diskussion wird von den meisten Rednern bedauert, daß die Verschmelzung nicht perfekt wurde, von anderen aber betont, daß es besser ist, wenn die Verschmelzung erst dann zustande kommt, wenn in allen drei Verbänden eine völlige Klärung vorhanden ist. Folgende Resolution wurde dann einstimmig angenommen: Die Versammlung ist mit dem Bericht des Delegierten, sowie mit dem Verhalten unserer Vertreter auf der Generalversammlung voll und ganz einverstanden. Sie erwartet, daß nunmehr fröhe nach dem gefaßten Beschluß, betreffs Weiterarbeit für die Verschmelzung, verfahren wird.

Rheinbach. Die hiesige Zahlstelle hielt am 26. Juli ihre erste Monatsversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende unseres verstorbenen Kollegen Zietsch, wobei sich die anwesenden Kollegen von ihren Sätzen erhoben. Eine rege Diskussion setzte dann über die Verschmelzungsfrage ein. Die hiesigen Kollegen bedauern, daß durch die Glasarbeiter die Verschmelzung in unabsehbarer Ferne gerückt wurde. Auch unsere Zahlstelle glaubt der Resolution Schneider zustimmen zu können. Sollten die Töpfer ebenfalls nicht für die Verschmelzung zu gewinnen sein, so möchte man mit einem anderen, größeren Industrieverband eine Verschmelzung anzubahnen versuchen. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten einigten sich die vollzählig erschienenen Kollegen dahin, die Agitation in ruhiger und sachlicher Weise zum Wohle der Allgemeinheit zu fördern.

Seib. In der Zahlstellenversammlung vom 17. Juli wurden hauptsächlich die notwendigsten geschäftlichen Angelegenheiten erledigt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des uns so früh entzogenen Genossen Fritz Zietsch. Die Anwesenden ehrten in der hergebrachten Weise das Andenken des Verstorbenen, dessen Tatkraft und Opferwilligkeit uns stets ein leuchtendes Vorbild sein wird. Die Vorbereitungen des am 20. Juli stattgefundenen oberfränkischen Arbeiter-Sängerfestes hatten den Versammlungsbesuch ungünstig beeinflusst, weshalb beschlossen wurde, den Bericht von der Generalversammlung der Wichtigkeit wegen in einer außerordentlichen Versammlung, die am 29. Juli im Saale der Zentralthalle stattfand, entgegenzunehmen. Zum ersten Punkt teilt der Vorsitzende mit, daß am 26. Juli die Malerkollegen der Firma Kranzheim & Adelberg die Arbeit einstellen mußten. Die Bemühungen der Firma, Sperrebrecher herbeizulocken, scheinen erfolglos zu bleiben. Nur in einem jungen „Maler“, namens Köstel, glaubte die Firma einen Kausreißer gefunden zu haben. Obwohl kein Unternehmer in Hinsicht auf diese „nützlichen Elemente“ wählerisch ist, war Köstel nicht einmal zu diesen Diensten zu gebrauchen und Kranzheim sah sich veranlaßt, ersterem den Rat zu geben. Wenn die Kollegen allerorts bemächtigt sind, den Zugang zu der gesperrten Firma zu unterbinden, müssen auch die fivolen Annahmen der Firma Kranzheim & Adelberg, die Arbeitszeit zu verlängern, scheitern.

Den Bericht über die Generalversammlung erstattet in ca. 1 1/2 stündigem Vortrage der Genosse Metjch, dabei betonend, daß er vor

allen den kurrstehenden Lebensarten, daß die Generalversammlung verlaufen sei wie das Hornberger Schießen, entgegneten müsse. Wenn auch die Verschmelzung noch nicht perfekt geworden ist, so ist doch das Problem ziemlich geklärt und damit der Verwirklichung ein gutes Stück näher gerückt. Genosse Metjch schildert dann sehr eingehend den Verhandlungsverlauf und berührt dabei insbesondere die verschiedenenartigsten Beiträge, Unterstützungsätze und Dauern der drei Verbände, und beweist damit, wie schwierig es ist, hierbei einen allseits befriedigenden Ausgleich zu schaffen. Die Delegierten mußten zur Generalversammlung die Auffassung gewinnen, daß die Mißstimmung, welche vielfach gegen die Töpfer resp. Ofenleher herrschte, gänzlich unberechtigt ist. Sedenfalls haben die Mitglieder des Töpferverbandes den Beweis erbracht, daß sie wohl imstande sind, Forderungen durchzusetzen und unberechtigte Annahmen der Unternehmer zurückzuweisen. Mögen auch die hiesigen Kollegen und Kolleginnen ihr möglichstes dazu beitragen, daß wir recht bald in einer großen, repräsentablen Organisation vereinigt sind. Die Ausführungen fanden ungeteilten Beifall und folgende aus der Mitte der Versammlung vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute tagende außerordentliche Zahlstellenversammlung erklärt sich mit der Haltung der Delegierten zur Generalversammlung einverstanden. Die Anwesenden bedauern in Anbetracht der gewaltigen Kapitalkonzentrationen und der damit steigenden Macht des immer rücksichtsloser werdenden Unternehmertums, daß durch die ablehnende Haltung der Glasarbeiter die Verschmelzung vorläufig scheiterte. Obwohl die finanzielle Lage unseres Verbandes eine Verschmelzung unter allen Umständen nicht notwendig macht, erwartet jedoch die Versammlung, daß jede Annäherungsmöglichkeit beachtet wird. Einer Verschmelzung mit den Töpfern stehen die Anwesenden nicht unsympathisch gegenüber, beauftragen aber die Zahlstellenverwaltung, die Diskussionen in den Verbandszeitungen der Töpfer und Glasarbeiter zu beachten und in den nächsten Versammlungen über die Gründe, die für oder gegen die Verschmelzung sprechen, Bericht zu erstatten.“

Volkstedt. Die letzte Zahlstellenversammlung beschäftigte sich unter anderem auch mit dem Verhalten des Fabrikarbeiterverbandes und nahm hierzu nachstehende Resolution an: Die am 26. Juli cr. stattgefundene Zahlstellenversammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht des Delegierten der Generalversammlung, betreffs der unolidarischen Handlungsweise des Fabrikarbeiterverbandes und findet es unter ihrer Würde, „solche Gewerkschaftskollegen“ wie uns Grünstadt zeigt, fernerhin noch als freie Gewerkschaftler anzuerkennen.

Wir erwarten von allen Zahlstellen unseres Verbandes, mit uns gemeinsam energischen Protest einzulegen gegen diese Untergrabung einer gesunden gewerkschaftlichen Entwicklung. Es handelt sich nicht nur um eine offenbare Verletzung direkter gegenseitiger Vereinbarungen, sondern unsere modernen, freigewerkschaftlichen Prinzipien werden vom Fabrikarbeiterverband geradezu mit Füßen getreten. Wir ersuchen den Hauptvorstand, an maßgebender Stelle die erforderlichen Schritte zu unternehmen, auf daß uns solche Vorkommnisse wie in Grünstadt, Elmshorn, Görnewitz usw. erspart bleiben.

Sterbetafel.

Röslau. Max Rothenberger, geb. 18. Mai 1895, gest. plötzlich am 27. Juli an Gehirnschlag.

Schney. Christian Faber, geb. 23. März 1837 in Neustadt b. Koburg, am 27. Juli im Mann ertrunken.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Änderungen

Düsseldorf. Kv. Rich. Schönpflug, Ellerstr. 143. — Hermann Düsseldorf, Jahnstr. 80.

Flörsheim a. M. Kff. Karl Schultheiß, Dr., Bahnhofstr.

Kranichfeld. Kff. Anton Kraft, Ml., Lannroda (Ilm), Hardtstraße.

Rheinsberg. Schf. Alex Freitag, Seeftr. 17.

Schmiedefeld. Wf. Raimund Landgraf, Fmg., Hauptstr. — Schf. Ernst Papst, Fr., Neu-Schmiedefeld, Nr. 143.

Uersammlungs-Anzeigen

Hildaldensleben. Sonnabend, 16. August, 8 Uhr bei Wtlh. Peters (Gasthaus zur Post).

Arzberg. Sonnabend, 9. August im Konsumvereinslokal.

Annaburg. Sonnabend, 16. August, 8 1/2 Uhr in Beck's Gesellschaftshaus.

Berlin. Sonnabend, den 9. August, 8 1/2 Uhr, pünktlich. Verwaltungssitzung im Bureau. — Montag, 11. August, 7 Uhr, Figurenbranche bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. — Sonnabend, 16. August, 8 1/2 Uhr Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelsefer 15, Saal 1. Vortrag des Genossen Ritter: „Die Volksfürsorge.“

Charlottenburg. Sonnabend, 9. August, 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Golditz. Sonnabend, 9. August.

Elmshorn. Sonnabend, 9. August, 8 Uhr bei Hinrichs, Peterstr. 11. Alle erscheinen!

Flörsheim. Sonnabend, 9. Aug. in Hochheim, Rest. „Rassauer Hof“.

Frankfurt a. M. Sonnabend, 9. August, 8 1/2 Uhr bei W. Remm, Große Rittergasse 56.

Frelenoria. Sonnabend, 9. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr in Saatal, Raschhausen. Bericht von der Generalversammlung.

Gräfenthal. Sonntag, 17. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im „Fisch“.

Großbreitenbach. Montag, 11. August, punkt 9 Uhr im „Goldenen Hirsche“. Alle erscheinen!

Grünhain. Sonnabend, 16. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Restaurant „Goldhahn“.

Höhr. Montag, 11. August, 8 Uhr im „Kaiser Friedrich“. Alle erscheinen!

Ilmenau. Sonnabend 9. August, punkt 9 Uhr.

Langenau. Sonnabend, 16. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Söllner.

Leipzig. Sonnabend, 9. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Volkshaus, Zeitzerstr. 32.

Mannheim. Sonnabend, 9. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Ww. Kitzinger, S. 7, 24.

München. Sonnabend, 16. August, 8 Uhr im „Goldenen Lamm“, Zwelfstr. 4.

M.-Gladbach. Sonnabend, 9. August, Zahlstellenversammlung in M.-Gladbach b. Peter Heinen, Wallstraße.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 9. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr in Herzogs Festhale.

Nürnberg. Sonnabend, 9. August, punkt 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Historischen Hof, Neugasse. Vortrag des Genossen Dr. Heinrich über „Trennung der Kirche vom Staat“.

Schwarzenberg. Sonnabend, 9. August im „Wettiner Hof“.

Sophienau. Sonnabend, 9. August, 8 Uhr bei Mitsche. Bericht von Generalversammlung. Alle erscheinen!

Spandau. Sonnabend, 9. August, 8 Uhr bei Danneberg, Bichelsdorferstraße 5.

Stadtilm. Sonnabend, 9. August, 8 Uhr im Schießhaus.

Teitow. Freitag, 8. August, punkt 8 Uhr bei Bonow.

Unterpörlitz. Sonnabend, 9. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Gasthaus zur Sonne.

Weiden. Sonnabend, 16. August in der „Sonne“.

Pankow. Sonnabend, 16. August, 7 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Bohr, Kuglerstr. 7.

Anzeigen

Rithaldensleben. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der „Sprechsaal“ im „Gasthaus zur Post“ ansieht. Die Verwaltung.

Charlottenburg. Am Sonnabend, den 9. August 1913. Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr findet im Volkshaus, Rosinenstr. 3 unsere Zahlstellenversammlung statt. Tagesordnung: Bericht des Delegierten W. H. Ahmus von der Generalversammlung. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist notwendig. Die Verwaltung.

Löin. Zur gef. Kenntnisnahme, daß ich jetzt in Ehrenfeld, Förstlerstraße 32 p. wohne und Unterstützung von 6 bis 8 Uhr abds. Heinrich Kann, Kassierer.

Düsseidorf. Am Sonnabend, den 16. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Sektionsversammlung der Figuristen-Polychromeare und Schild-maler, bei Walbers, Ecke Herzog- und Pionierstr. Vollständiges Erscheinen Ehrensache eines jeden Kollegen. Die Sektionsleitung.

Düsseldorf. Den durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß wir vorläufig keine freiwillige Unterstützung zahlen. Die Verwaltung.

Fraureuth. Sonnabend, den 9. August, 8 Uhr, Versammlung bei August Bollstädt. Berichterstattung von der Generalversammlung durch Kollegen Josef Nimbs, Oberhohndorf. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Die Verwaltung.

Freiberg. Sonnabend, den 9. August, Zahlstellenversammlung in der Union. Wichtige Tagesordnung. Gleichzeitig findet am genannten Tage die große öffentliche Versammlung vom Gewerkschaftskartell statt, in der der national liberale Arbeitersekretär Barfürst und andere Referenten erscheinen werden. Die auswärtigen Mitglieder wollen sich demnach einrichten. Die Verwaltung.

Karlsruhe. In der Versammlung vom 19. Juli wurde ein Losalfonds gegründet. Jedes Mitglied hat einen wöchentlichen Beitrag von 5 Pf. zu leisten. Die Verwaltung.

Kronach. Die Kollegen, die gesonnen sind, bei der Firma Rosenthal in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vor Arbeitsannahme bei uns zu erkundigen. Die Verwaltung.

Oberhohndorf. Ich mache die Zahlstellenkassierer, mit den Anfechtungen des Mitgliedes Emil Kunka, Beschäft. 55316 bekannt. Ich bitte mich demselben die Angelegenheit vom 8. Mai d. S. erledigen kann. Der Kassierer.

Pögnitz. Ich mache den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die hiesige Zahlstelle aufgelöst ist und daß sich die hiesigen Mitglieder der Zahlstelle dort anschließen haben.

Schwarzenberg. Vom 1. Juli ab hat jedes Mitglied, außer den weiblichen Mitgliedern und den Lehrlingen, 5 Pf. pro Woche für den Vorkassensfonds zu zahlen. Die Verwaltung.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos	Arbeitsmarkt	Offerten-Beförderung mit bei Porto-Einsparung
---------------------------------------------	---------------------	-----------------------------------------------

Porzellanmaler, durchaus tüchtig, in jeder Arbeit wandert, sucht dauernde Stellung. Kann sofort erfolgen. Offerten erbeten an Karl Kraut, Ludwigshafen a. Rh., Bayern, Bremerstr. 31.

Jüngerer, tüchtiger Emaille-Aufträger sucht. Für Grund auf Ziff.-blätter auch etwas geübt in einmal Dauernde, angenehme Stellung bei gutem Lohn. Verbandsmitglied bevorzugt. Gest. Offerten erbeten an Oswald Beugesser, Emaillemeister, Schramberg, Württemberg.

Schildermaler, erste Kraft, sucht Stellung. Offerten an W. B. 27 633 postlagernd Rattowitz erbeten.

Preis der Gespaltenen Bettstelle 30 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorausbezahlung ist Bedingung
---------------------------------------------	---------------------------	-------------------------------

Drehereischwämme „Elephantenohren“ p. Kilo 50 Mt. Zymocca, auch billig. Sort. Ziel 30 Tage bei Aufgabe von Referenzen. H. Michellohn, Schwammgroßhdlg., Berlin, Prenzlauerstr. 42 III

Werkstattschuhe, Sandalen, Pantoffeln usw. usw. äußerst dauerhaft und zu billigsten Preisen, liefert P. Girbardt, Timenau i. Thür. Mitglied des Verbandes Nr. 4522. Ausführliche Preisliste

Goldschmied, Goldlappen, Goldasche und sonstige goldhaltige Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung Martin Kaufmann, Zwickau i. S., Bahnhofstr. 1

Goldschmied, Goldabfälle Durch mein einfaches selbsterprobtes Schmelzverfahren bin ich in Lage (Goldschmied, goldhaltige Lappen, Asche, Stupfer, Pinsel, Wäsche, Näpfe, Paletten, Flaschen), das Gramm Feingold nach Gold zu anzukaufen, also höchste Zahlung, bei streng reellster und gewissenhafter Bedienung. Keine Schmelzkosten, sofortige Geldsendung. Procente werden nur im Dezember gezahlt. Viele Anerkennungen und Empfehlungen vom In- und Ausland. Geschäftsprinzip: Viel Kaufkraft, wenig Nutzen. M. Köbler, Dresden-N., Gerichtsstraße 8, 2

Goldabfälle jeder Art Goldlappen, Goldwatten, Schmelz- Rehrgold kauft höchstzahlend G. Recht, Berlin S. 14. Sebastianstraße 76. Telephon Amt Moritzplatz, Nr. 5279.

Zahle weit grossen Umsatz höchste Preise	Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle  Goldschmied kauft Osternwalderstrasse 32. Otto Seifert, Zwickau S.	Klein-Metall-Schmelz-Gebrüder 1899
------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

Goldabfälle jeder Art kauft zu den höchsten Preisen bei schneller und reeller Bedienung H. Langhammer, Zwickau bei Zwickau i. S. Hauptstraße 137.

Goldschmied, verdichtetes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekt. Emil Böhme, Eisenberg S.-N. weitestest Geschäft dieser Art. NB. Empfehle ff. Glanzgold. 10 Gr. 3,50 Mt.

Goldschmied, Goldflaschen und alle in der Bergbau vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 3.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
Druck von Otto Goerte, Charlottenburg, Wallstraße 23.